

# Beschluss

der Landesdelegiertenversammlung  
am 25./26. November 2006 in Mainz



## *Qualifizierte Auseinandersetzung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz diskutieren Grundsicherung und Grundeinkommen*

Noch wird die Diskussion um Grundsicherung / bedingungsloses Grundeinkommen nur in Teilen der Partei geführt. In der Debatte tauchen große Hoffnungen, große Befürchtungen und viele Unklarheiten auf.

Die GRÜNE Landespartei Rheinland-Pfalz wird eine qualifizierte Debatte und Meinungsbildung zum Thema Grundsicherung / bedingungsloses Grundeinkommen führen und will zur Bundesparteitag 2007 mit einer diskutierten und befassten eigenen Position zum diesem Thema präsent sein. Wir wollen prüfen, ob und mit welchen Ansätzen die drängenden sozial- und gesellschaftspolitischen Probleme in unserer postindustriellen und offenen Gesellschaft gelöst werden können.

Die LAGen und Kreisverbände sind aufgefordert, sich an dieser Debatte zu beteiligen und sie voranzubringen.

Der Landesvorstand wird beauftragt, diese Diskussion zu koordinieren und stellt sicher, dass die Diskussion im Parteirat und bei einer der nächsten LDVen vorgesehen ist. Er stellt die notwendigen Informationen, Bewertungen und Zwischenergebnisse des parteiinternen Diskussionsprozesses den Mitgliedern, Kreisverbänden und LAGen zur Verfügung.

In einer weiteren öffentlichen Veranstaltung soll im Sommer 2007 die Diskussion und Auseinandersetzung auch mit BündnispartnerInnen (Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden etc.) geführt werden.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die wir in Deutschland haben, sind weder ein wenig florierender Export, noch mangelnde Gewinne bei den Konzernen.

### **Die Probleme sind:**

- Mangelnde Steuereinnahmen des Staates, durch zu viele Abschreibungsmöglichkeiten für Spitzenverdiener und Konzerne.
- Die hohe Arbeitslosigkeit bedingt durch Rationalisierung (Nie war die Produktivität so hoch wie heute) u. Globalisierung.
- Eine zunehmende – nicht nur finanzielle - Armut von rund 10 Millionen Menschen durch die relative Umverteilung von unten nach oben in den letzten Jahrzehnten.

- Dadurch auch eine nachlassende Inlandsnachfrage.
- Stetig steigende Sozialversicherungsbeiträge; immer weniger BeitragszahlerInnen stehen immer mehr LeistungsempfängerInnen (auch bedingt durch die demografische Entwicklung) gegenüber. Hier können wir nur durch Verlagerung der Sozialversicherungsbeiträge auf Alle wirksam gegensteuern.
- Nicht zuletzt eine Krise im Bildungssystem. 25 % unserer Kinder verlassen derzeit die Schule ohne Abschluss!

**Um der zunehmenden Armut entgegenzuwirken und die soziale Gerechtigkeit in unserer automatisierten und globalisierten Gesellschaft wieder herzustellen, halten wir die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für richtig und wichtig. Dabei wollen wir aber nicht nur die finanzielle Seite betrachten. Auch die Teilhabe an Bildung und Kultur, sowie ein Recht auf sinnvolle und anerkannte Beschäftigung auch außerhalb der regulären Erwerbsarbeit gehören dazu.**

### **Allgemeine Grundsicherung und Grundeinkommen**

Als Antwort auf die genannten Herausforderungen finden - mit unterschiedlicher Ausrichtung und Gewichtung - integrierte Steuer- und Transfersysteme in Form einer allgemeinen Grundsicherung, eines garantierten Grundeinkommens, einer negativen Einkommensteuer oder eines Bürgergeldes seit geraumer Zeit eine zunehmende öffentliche Resonanz - quer zu den politischen Lagern, aber in besonderer Weise im grünnahen Umfeld.

Gemeinsam ist den meisten dieser Konzepte: Alle Menschen haben Anspruch auf einen monatlichen Grundsicherungsbetrag bzw. ein monatliches Grundeinkommen um ihnen die selbst bestimmte Teilnahme an der Gesellschaft ökonomisch zu garantieren. Darin enthalten sind das bisher freigestellte steuerliche Existenzminimum, steuerliche Ausnahmetatbestände und vielfältige bereits bestehende Transfers und Sonderregelungen.

Bereits heute haben soziale Transfers in Deutschland einen hohen Stellenwert: Im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2005 wurde eine tatsächliche Armutsquote von 13% unter Einbeziehung sozialer Transfers benannt - ohne soziale Transfers hätte die Quote bei 44 % gelegen! Neben bedürftigkeitsgeprüften Transfers - wie dem Arbeitslosengeld II, der Sozialhilfe, der Grundsicherung für Ältere und bei Erwerbsunfähigkeit - gibt es heute auch eine Vielzahl von nicht bedürftigkeitsgeprüften Leistungen und Vergünstigungen - wie Kindergeld, Steuerfreibeträgen wie dem Grundfreibetrag oder das Ehegattensplitting. All dies wird in den genannten Konzepten zusammengefasst und durch einen existenzsichernden Grundsicherungssockel ersetzt.

Darin enthalten ist zudem - nach der überwiegenden Vorstellung - ein Übergang der gesamten sozialen Sicherung von der Beitrags- zur Steuerfinanzierung.

Zur Gegenfinanzierung der zusätzlichen Ausgaben wird insbesondere zusätzliches Einkommen – aber nicht die ohne Bedürftigkeitsprüfung gewährte Grundsicherung – besteuert.

### **Die Position von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Auseinandersetzung mit Grundsicherungskonzepten eine Tradition, die bis in die 80er Jahre zurückreicht und in unterschiedlicher Intensität - Grundsatzprogramm von 2001, Kindergrundsicherung - immer fortgeführt wurde. Der Zukunftskongress Anfang September 2006, wo die Debatte anhand zahlreicher grüner Inputs – siehe [www.grundsicherung.org](http://www.grundsicherung.org) - große Resonanz fand, markierte dabei einen neuen Höhepunkt.

Wir sehen in neuen Grundeinkommens- bzw. Grundsicherungskonzepten kein Patentrezept, Allheilmittel oder gar einen Ersatz für Politik in anderen Politikbereichen. Wir wollen aber kritisch überprüfen, inwieweit ein solcher Ansatz besser als die überkommenen Konzepte geeignet ist, zur Lösung der Probleme einer postindustriellen, offenen und demokratischen Gesellschaft beizutragen.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz ist deshalb selbstverständlich: Die Ausgestaltung einer allgemeinen Grundsicherung bzw. eines Grundeinkommens ist nicht beliebig, sondern muss sich, wie alle politischen Konzepte, an ethischen Maßstäben orientieren. Jedes für uns akzeptable Konzept muss ökonomisch sinnvoll, sozial nachhaltig und vor allem gerecht sein. Es muss im Ergebnis transparent sein und dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger das Steuer- und Transfersystem durchschauen. Es muss mit einem Abbau problematischer Bürokratie einhergehen und zugleich soziale Spaltungstendenzen überwinden helfen. Es muss allen Menschen das soziokulturelle Existenzminimum garantieren, sie vor Armut schützen, verlässliche Einkommens- und Lebensperspektiven eröffnen und zugleich bezahlbar sein. Es muss das verfügbare Nettoeinkommen für breite Bevölkerungsschichten vergrößern, ökonomische Anreize enthalten und in seiner Wirkung auch für Unternehmen attraktiv sein. Und es muss die soziale und sozialstaatliche Infrastruktur - von sozialen Dienstleistungen bis zur Bildung - nachhaltig gewährleisten. Ein grünes Modell muss darüber hinaus kinder- und familienfreundlich sein und Anreize zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie zur Teilzeitarbeit auch in qualifizierten Positionen enthalten.

#### Flankierende Fragestellungen

- Die Ausgestaltung, die ggf. differenzierte Höhe der Grundsicherung / des Grundeinkommens und mögliche Ausschlussgründe (Lebensmittelpunkt etc.).
- Die Finanzierbarkeit: Ist ein Grundeinkommen realistisch zu finanzieren, mit welchen plausiblen volkswirtschaftlichen Wechselwirkungen?

- Wirkungen auf das Lohn- und Preisgefüge und die Rolle der Tarifparteien: Stichworte sind hierbei Mindestlöhne und verbindliche tarifliche Verfahren bei der Entwicklung von Sondertarifen für leistungsgeminderte Menschen.
- Das Lohnabstandsgebot - damit der Vorwurf einer "sozialen Hängematte" ausgeräumt wird und ein wirksamer Anreiz zur Erwirtschaftung von eigenem Einkommen gesetzt wird.
- Die ökonomisch und sozial stimmige Gestaltung des Übergangs von der Beitrags- zur Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme.
- Leitungsanreize und Verteilungsgerechtigkeit: Anreize, eigenes Einkommen zu erwirtschaften, Anreize zur Selbständigkeit, Impulse für zivilgesellschaftliches Engagement und für eine "nachhaltige Lebensweise".
- Die Umsetzbarkeit im nationalen Rahmen: EU-Kompatibilität, Bezug zur internationalen Entwicklung (Grundsicherungskonzepte im globalen Vergleich).

Mit dem Veranstaltung im Sommer in Mainz und dem bundesweiten Zukunftskongress in Berlin haben wir verdeutlicht: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz stehen für eine qualifizierte Debatte anstelle dem weithin bekannten öffentlichen Austausch von Bekenntnissen für und gegen alternative Grundsicherungskonzepte. Diesen Weg der Auseinandersetzung werden wir - **mit einer weiteren Veranstaltung, speziell zum Thema Grundeinkommen** - konsequent fortsetzen - mit der für uns eigenen Kombination aus nüchternem Realitätssinn und visionärer Kreativität!

*Weiter Informationen zum Grundeinkommen :*

[http://home.arcor.de/f.j.peters08/frank\\_peters/frank\\_peters\\_bedingungsloses\\_grundeinkommen.htm](http://home.arcor.de/f.j.peters08/frank_peters/frank_peters_bedingungsloses_grundeinkommen.htm)